

3.IGB-WELTKONGRESS BERLIN, 18. – 23. MAI 2014



BUILDING WORKERS' POWER

Kongresserklärung (ENTWURF)

Inhaltsverzeichnis

Einführung	3
Die globale Wirtschaft	4
Die globale Erwerbsbevölkerung	7
Klimaschutz	8
Frieden und Demokratie	9
Schlussfolgerung	10

Einführung

Die Menschen fühlen sich von ihren Regierungen verlassen. Mehr als 50% der Weltbevölkerung haben direkt oder über ihre Familien Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit gemacht, über 50% gehen einer ungeschützten oder irregulären Beschäftigung nach, und 40% kämpfen im informellen Sektor verzweifelt ums Überleben. Es herrscht tiefes Misstrauen gegenüber Institutionen.

Die Regierungen und ihre internationalen Institutionen haben es versäumt, sichere und integrative Demokratien für die Menschen und einen nachhaltigen Planeten für das 21. Jahrhundert zu gewährleisten.

Sie haben es versäumt, solide Volkswirtschaften aufzubauen, was den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien enorme Kosten verursacht hat.

Sie haben es versäumt, den Klimawandel in den Griff zu bekommen.

Sie haben es versäumt, die Demokratie zu stärken und für globalen Frieden zu sorgen.

Die Menschen verlieren zunehmend das Vertrauen in ihre Regierungen, die den Wirtschaftsinteressen eine höhere Priorität einräumen als den Bedürfnissen, Anliegen und Existenzgrundlagen der Erwerbsbevölkerung.

Die globale Wirtschaft

Die 'Strukturanpassungspolitik' der 80er und 90er Jahre hat die Entwicklung in den ärmeren Ländern gelähmt, und die heutige 'Sparpolitik' hat dem Wachstum und der Inklusion in zu vielen Industrieländern geschadet.

Die Entwicklungsländer wussten bereits aus erster Hand, was Krisen und Ungleichheit bedeuten, bevor die exzessive Habgier des kreditgestützten Verbrauchs und die unregulierten Finanzmärkte die 'große Rezession' von 2007 ausgelöst haben.

Die globale Wirtschaft ist heute nicht sicherer als vor sieben Jahren, und wir befinden uns jetzt in einer tiefen Krise der Arbeitslosigkeit und Ungleichheit, die sowohl unsere Volkswirtschaften als auch unsere Gesellschaften lähmt.

Die Wirtschaft und die sie unterstützenden Politiker haben die große Rezession dazu benutzt, um das Machtgleichgewicht auf Kosten einfacher Menschen nachdrücklich in Richtung auf Großkonzerne zu verlagern und die von den Gewerkschaften und anderen progressiven Kräften in Jahrzehnten erzielten Fortschritte zunichte zu machen, wodurch die Demokratie Schaden genommen hat.

Zwei Generationen unternehmerischer Habgier haben die zunehmende Ungleichheit verschärft, die Marginalisierung einer Generation junger Menschen verstärkt, das globale Wachstum gebremst und die Verzweiflung angesichts eines immer größer werdenden informellen Sektors, in dem schlichtweg keine Regeln gelten und in dem Frauen, Migranten und junge Menschen überrepräsentiert sind, eskalieren lassen.

Trotz der überwältigenden Belege dafür, dass ihre neoliberalen Maßnahmen destruktiv sind und ganz einfach nicht greifen, drängen die internationalen Finanzinstitutionen die Regierungen weiterhin dazu, sich der Macht der Finanzmärkte zu beugen, und die Regierungen haben sich davon einschüchtern lassen. Sie haben die Wirtschaftskrise weder vorhergesehen noch verhindert, und sie sind nach wie vor nicht in der Lage, die Gier und Zerstörung spekulativer Kapitalbewegungen unter Kontrolle zu bringen.

Die beste Prognose ist, dass wir eine längere Stagnation erleben.

Die weltweite Umfrage des IGB im Jahr 2013 hat ergeben, dass jede zweite Familie direkt von Arbeitsplatzverlusten oder Kurzarbeit betroffen ist. Besonders anfällig sind junge Frauen.

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung gibt an, dass ihr Einkommen in den letzten beiden Jahren nicht mit der Erhöhung der Lebenshaltungskosten Schritt gehalten hat.

59 Prozent der Menschen haben kein Geld übrig, um zu sparen.

Die Ungleichheit nimmt in der überwältigenden Mehrzahl der Länder zu.

Die Einkommensungleichheiten sind in den letzten 30 Jahren in 17 der 24 OECD-Länder, für die Angaben vorliegen, größer geworden.

Der OECD-Bericht über die zunehmende Ungleichheit ('Growing Unequal') zeigt, dass das verfügbare Einkommen zwischen Mitte der 80er und Ende der 2000er Jahre zwar im Durchschnitt um 1,7% pro Jahr gestiegen ist, die Verteilung dieses Wachstums jedoch sehr ungleich war. Die oberen zehn Prozent erlebten ein jährliches Wachstum von durchschnittlich 1,9%, die unteren 10 Prozent von lediglich 1,3%. Dadurch hat sich der durchschnittliche Gini-Koeffizient in den OECD-Ländern, der Mitte der 80er Jahre bei 0,29 lag, bis 2010 um nahezu 10% erhöht.

Aus dem jüngsten Bericht der OECD (2013), der aktualisierte Angaben zur Ungleichheit in den Krisenjahren bis 2010 enthält, geht keinerlei Umkehr des Ungleichheitstrends hervor, ganz im Gegenteil: Die Ungleichheit der Markteinkommen hat weiter und schneller denn je zugenommen. Die Zunahme zwischen 2008 und 2010 war so groß wie in den zwölf Jahren vor Ausbruch der Krise.

In den Entwicklungsländern ist die Armutsquote, gemessen an einer Kaufkraftparität von 1,25 US-Dollar pro Tag, global zwar von 43,1% im Jahr 1990 auf 20,6% im Jahr 2010 zurückgegangen, aber nach wie vor leben 1,2 Milliarden Menschen unterhalb dieser bereits sehr niedrig angesetzten Armutsgrenze unter extrem schwierigen Bedingungen (Weltbank, 2012).

Was die Finanzinstitutionen nicht erkennen, ist, dass die rapide zunehmende Einkommensungleichheit selbst diese marginalen Erfolge relativiert und den weiteren Armutsabbau gefährdet.

Die Trends der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass ein schnelles Wachstum nicht ausreicht, um unsere Gesellschaften integrativer und fairer zu machen. In Botswana, China, Costa Rica und der Dominikanischen Republik ging das relativ schnelle Wachstum beispielsweise mit einer beträchtlichen Zunahme der Einkommensungleichheiten und einem Rückgang der Armut einher, der wesentlich geringer war als möglich gewesen wäre.

Das muss jedoch nicht so sein. In Ländern mit ähnlichen Wachstumsmustern, wie etwa Ghana und Brasilien, waren die Früchte des Wachstums gleichmäßiger verteilt und die Auswirkungen auf Armut und menschenwürdige Arbeit waren größer, größtenteils aufgrund staatlicher Interventionen.

Der Skandal der Steuervermeidung durch Wohlhabende und Großkonzerne in und zwischen einzelnen Ländern wird durch die Einschnitte im öffentlichen Dienst, bei den Arbeitsplätzen und der sozialen Sicherheit weiter verschärft.

Zwischen 2000 und 2010 ging die Zahl der tarifvertraglich abgesicherten Beschäftigten in zwei Dritteln der im IAO-Bericht über die Welt der Arbeit (2012) untersuchten Länder zurück.

Hundertern Millionen arbeitenden Menschen wird das Recht auf einen Mindestlohn, von dem sie in Würde leben können, verweigert.

Und 75% der Menschen sind unzureichend oder überhaupt nicht sozial abgesichert.

Überall auf der Welt sind die Gewerkschaften federführend im Kampf für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, mit Strategien, die auf einer gerechten Einkommensverteilung anstelle der leeren Versprechungen neoliberaler Sparmaßnahmen basieren.

Die Regierungen sind auf Geheiß ihrer internationalen Institutionen in den Kampf gegen die Arbeitnehmerrechte gezogen und haben die Interessen der Banken, Finanzinstitutionen und Großkonzerne denen der Menschen übergeordnet. Lediglich 13% der im Rahmen der weltweiten Umfrage des IGB 2013 Befragten glauben, dass es ihren Regierungen vorrangig um die Interessen erwerbstätiger Familien geht.

Der EGB fordert von den EU-Regierungen einen 'Sanierungsplan'.

Der IGB hat die G20 aufgefordert, ihren Wachstums- und Beschäftigungsplan umzusetzen, angefangen mit Investitionen in Höhe von einer Billion Euro (der Hälfte dessen, was für die Rettung der Banken aufgebracht wurde) in die Infrastruktur und in Arbeitsplätze sowohl in Industrie- als auch Entwicklungsländern.

Wir befürworten ein ehrgeiziges Klimaabkommen, von dem wir überzeugt sind, dass es in Verbindung mit Investitionen in die Ökologisierung der Wirtschaft Millionen neue Arbeitsplätze schaffen kann, nachhaltige Arbeitsplätze für unsere Kinder und Enkel.

Wir fordern Investitionen in die Pflegewirtschaft, wobei menschenwürdige Arbeit menschenwürdige Pflege und Chancen für unsere Familien und Gemeinwesen bedeutet, und wir fordern ein Ende der Unterbewertung von Frauenarbeit.

Wir machen mobil, um die Gleichstellung von Mann und Frau zu einer weltweiten Realität zu machen und die Rechte der Frau bei der Arbeit, im Haushalt und in der Gesellschaft durchzusetzen.

Ein staatliches Bildungswesen, eine erschwingliche Gesundheitsversorgung, Kinderschutz, Kinderbetreuung, Altersversorgung, Unterstützung für Behinderte, aktive Arbeitsmarktprogramme und noch Vieles mehr bilden die Grundlage menschenwürdiger Gesellschaften, bei denen hochwertige öffentliche Dienstleistungen das Kernstück sozialer Inklusion bilden.

Wir haben Maßnahmen ergriffen, um junge Menschen zu integrieren, u.a. durch Garantien für Jugendliche auf Ausbildung, Beschäftigung und Sozialschutz mit einer drastischen Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze, um die für ein nachhaltiges Wachstum und die Nutzung des Potenzials neuer Technologien erforderlichen Qualifikationen zu vermitteln.

Wir haben Maßnahmen der Institutionen und politische Strategien zur Formalisierung der Arbeit in der informellen Wirtschaft gefordert, einschließlich eines sozialen Basisschutzes und eines Mindestlohns, von dem die Menschen leben können. Anstatt um das Wohlergehen der Konzerne, das die öffentliche Politik zunehmend beherrscht, muss es um Sozialschutz gehen. Und wir sind entschlossen, die Angriffe auf den Tarifprozess abzuwehren.

Wir fordern die Einbeziehung von menschenwürdiger Arbeit, sozialem Basisschutz und Klimagerechtigkeit in die Post-2015-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen.

Das Kapitalismusmodell des 20. Jahrhunderts ist gescheitert, und der 'Konsens von Washington' muss endgültig begraben werden. Einfach so weiterzumachen wie bisher, ist in diesem, dem 21. Jahrhundert keine Option. Wir brauchen ein neues Bretton-Woods-Abkommen, das einen rechtsgestützten globalen Sozialvertrag garantiert, mit der IAO im Mittelpunkt der globalen Entscheidungsprozesse. Wir müssen die Volkswirtschaften anhand neuer Wirtschaftsmodelle, die den Menschen und ihren Gemeinwesen dienen, wiederaufbauen.

Soziale Gerechtigkeit für alle, und nicht Profite für einige wenige, muss Bestandteil unserer Zukunft sein.

Sozial gerechte Nationen können nur dann entstehen, wenn die kollektive Stimme der Bürgerinnen und Bürger laut genug ist. Menschenwürdige Arbeit an sicheren Arbeitsplätzen wird nur dann möglich sein, wenn die Beschäftigten über genügend Macht verfügen, um einen besseren Deal auszuhandeln.

Dies erfordert Organisationsarbeit an unseren Arbeitsplätzen und in unseren Gemeinwesen: Wir müssen uns mobilisieren, um den Beschäftigten genügend Macht zu verschaffen, damit sie etwas verändern können.

Die globale Erwerbsbevölkerung

Die Herausforderung ist jedoch enorm:

Weltweit gibt es 2,9 Milliarden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In der formellen Wirtschaft sind 1,7 Milliarden Menschen beschäftigt. Gewerkschaftlich organisiert sind 200 Millionen Beschäftigte.

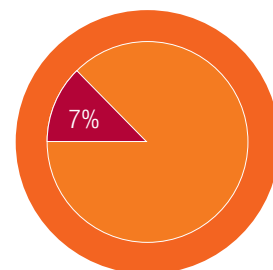
Frauen stellen 40% der weltweiten Erwerbsbevölkerung, aber weniger als 15% der führenden Gewerkschaftsvertreter/innen.

50% der Beschäftigten haben unsichere Arbeitsplätze, hauptsächlich Frauen.

Die Arbeitslosigkeit ist unter Frauen höher als unter Männern, und auf jeweils 100 erwerbstätige Männer kommen weniger als 70 Frauen, die erwerbstätig sind.

Die weltweite Jugendarbeitslosigkeit liegt bei rund 12% und ist damit doppelt so hoch wie die unter älteren Beschäftigten.

Der Anteil des informellen Sektors an der Weltwirtschaft beträgt 40%.



Die zentrale Herausforderung ist das Gewerkschaftswachstum, die Organisationsarbeit, um dafür zu sorgen, dass wir über die demokratische Macht verfügen, die notwendig ist, um die Rechte zu fördern und eine Arbeitswelt mitzugestalten, die nachhaltige Arbeitsplätze, sichere Einkommen und Sozialschutz sowohl für Männer als auch für Frauen ermöglicht.

Klimaschutz

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze.

Der Klimaschutz ist nicht verhandelbar. Angesichts der höchsten Kohlenstoff-Konzentration in der Atmosphäre, die es je gegeben hat, betritt die Menschheit hier Neuland und ist dabei, die Grenzen dessen, was der Planet verkraften kann, weit zu überschreiten. Die Chance auf eine Stabilisierung des Temperaturanstiegs bei 2% mag vertan sein, aber ohne umgehende Maßnahmen wird der prognostizierte 4%ige Anstieg bis zur Jahrhundertwende zu Zerstörung und zum Tod von unzähligen Menschen überall auf der Welt führen.

Es gibt einen Weg, um zu überleben, aber die Regierungen müssen den Mut haben, ihn einzuschlagen.

Der IGB akzeptiert die moralische Notwendigkeit, sowohl einen bewohnbaren Planeten zu erhalten als auch von den Arbeitsplätzen zu profitieren, die der Klimaschutz mit sich bringen kann. Wir fordern die Verpflichtung zu einem 'gerechten Übergang' und werden uns um eine IAO-Norm als Leitfaden für die Maßnahmen der Regierungen und Arbeitgeber bemühen. Ferner werden wir auf die Gewährleistung hinarbeiten, dass unser eigenes Arbeitnehmerkapital in die Realwirtschaft investiert wird, wobei anfängliche Investitionen in Höhe von 5% in die grüne Wirtschaft bis 2016 angestrebt werden.

Sämtliche Jobs müssen sauberer werden, wenn wir unsere Wirtschaft umweltfreundlicher gestalten wollen, und das Kernstück dieser Transformation muss menschenwürdige Arbeit sein.

Während sich die Welt auf Dezember 2015 als Frist für ein globales Abkommen über klimaschädigende Emissionen und damit zusammenhängende Fragen vorbereitet, wird der IGB seine Mitglieder und ihre Gemeinwesen mobilisieren.

Die Regierungen für den Klimaschutz zur Verantwortung zu ziehen, ist von höchster Priorität, ebenso wie die Gewährleistung, dass wir die Grenzen unseres Planeten nicht überschreiten und dass die entscheidenden Themen Ernährungs- und Energiesicherheit sowie Wasser aufgegriffen werden.

Die Gewerkschaften werden mobil machen, um von ihren Regierungen für 2015 ein ehrgeiziges und verbindliches globales Abkommen zu fordern und sie werden den Kampf für Klimagerechtigkeit, einschließlich Garantien für einen gerechten Übergang, fortsetzen.

Frieden und Demokratie

Der Kongress bekräftigt die Verpflichtung des IGB zu einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen sowie zu Abrüstung, mit Vereinten Nationen, die in der Lage sind, Konflikte innerhalb von und zwischen Ländern zu vermeiden und zu beenden. Es gibt jedoch keinen Ersatz für das demokratische Mandat der Menschen, um Frieden und Gerechtigkeit zu gewährleisten, noch für die Konfliktbeilegung durch Dialog.

Der IGB steht an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen, die für Freiheit und Demokratie kämpfen, in Bahrain, Ägypten, Libyen, Palästina, Syrien, Tunesien und anderswo.

Außerdem stehen wir hinter der Forderung unserer Mitglieder nach Frieden und Sicherheit in Ländern, die unter tiefen Konflikten und/oder Unterdrückung zu leiden haben, wie in Afghanistan, Weißrussland, Guinea, Haiti, Iran, Irak, Mali, der Demokratischen Republik Kongo und Somalia.

Und wir bedauern die Verweigerung von Rechten und bekräftigen erneut unsere Position im Kampf für Gerechtigkeit und ein Ende der Straffreiheit in Kolumbien, Guatemala, Fidschi, Swasiland, der Türkei und Simbabwe.

Wir werden auch weiterhin der staatlichen Unterdrückung von Frauen und Migranten bzw. von indigenen Völkern, religiösen oder ethnischen Gruppen entgegentreten und sämtlichen Formen von Diskriminierung, Anfeindung und Belästigung bei der Arbeit ein Ende setzen.

Schlussfolgerung

Der IGB ist entschlossen, den Beschäftigten mehr Macht zu verschaffen, die Macht, sozial gerechte Gesellschaften und Volkswirtschaften mitzugestalten. Dieser Kongress wird die Aktionspläne beschließen, um Folgendes zu erreichen:

- Gewerkschaftswachstum
- Nachhaltige Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit und Sozialschutz sowie
- Förderung der Rechte

Die Ungewissheit, vor der die Menschen stehen, verursacht Wut und weckt keine Hoffnung. Wir fordern einen Plan und wir fordern Hoffnung. Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und noch mal Arbeitsplätze: menschenwürdige, gute Arbeit auf der Grundlage eines globalen Rechtsrahmens.

Wir haben eine Vision von einer positiven Zukunft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Mit einer starken internationalen Gewerkschaftsbewegung, die diese alternative wirtschaftliche und soziale Zukunft mitgestalten kann. Eine Bewegung, die ihre zahlreichen Mitglieder organisieren und ihr Potenzial voll ausschöpfen kann, damit wir uns geschlossen gegen die eigennützigen Interessen der unregulierten Kapitalmärkte stellen können.

Der IGB ist stolz auf unsere integrative globale Bewegung erwerbstätiger Menschen, und wir stehen an ihrer Seite und an der Seite ihrer Familien, wenn wir uns darum bemühen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Macht zu verschaffen, um die Demokratie zu stärken, Rechte einzufordern und auf eine sozial gerechte Welt hinzuarbeiten.

